Stadt Neuenburg am Rhein

Niederschrift Nr. 03/2023

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen

am 15. Mai 2023 (Beginn 17:02 Uhr; Ende 19:55 Uhr)

in Neuenburg am Rhein – Sitzungssaal des Rathauses

Zahl der anwesenden ordentlichen Mitglieder 12 ohne Vorsitzenden
(Normalzahl 12 Mitglieder)

Namen der **anwesenden** ordentlichen Mitglieder:

Vorsitz

Schuster, Joachim	

Mitglieder

Benz, Thomas	
Buck, Iris	
Burgert, Siegmar	
Grunau, Rudi, Prof. Dr.	
Haug, Tobias	
Kappeler, Marcel	ab 17.06 Uhr
Löhmer, Birgit	
Mertes, Michaela	
Schwanzer, Volker	
Spinner-Burger, Barbara	
Tobian, Eckart	
Waiz, Rosemarie	

Schriftführer

Bächler, Martin	TL

Mitarbeiter

Back, Cathrin	SBin, zu TOP 2
Branghofer, Dieter	FBL
Grozinger, Andreas	TL
Hoffmann, Alexandra	Schulleiterin der Rheinschule, zu TOP 3
Laasch, Stefan	TL
Seeling, Frank	TL

Gäste

Kraus, Tobias	Stadtrat

Es fehlten entschuldigt:

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 05. Mai 2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 11. Mai 2023 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Kollegium beschlussfähig ist.

Zur Unterzeichnung der Niederschrift bestimmte Stadträte gem. § 38 Abs. 2 GemO:
Tobias Haug und Birgit Löhmer

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Vorstellung der Schulkindbetreuung
3. Sachstandsbericht Rheinschule
4. Neuer Betriebskostenvertrag mit der katholischen Kirchengemeinde
5. Parkraumbewirtschaftungskonzept; Sachstandsbericht
6. Sachstandsbericht Breitbandausbau
7. Finanzbericht der Stadt Neuenburg am Rhein

1. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift 02/2023 der öffentlichen Ausschusssitzung vom 13.03.2023 wurde per E-Mail am 27.03.2023 an die Ausschussmitglieder übersandt. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

2.	**Vorstellung der Schulkindbetreuung** **Vorlage: 069/2023**

I. Sachvortrag

Cathrin Back, die die Koordination der Schulkindbetreuung für die Rheinschule in Neuenburg am Rhein und Grißheim und die Mathias-von-Neuenburg Schule innehat, stellt den Bereich der Schulkindbetreuung anhand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift, bis Folie 8) vor und beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Von knapp 500 SchülerInnen werden derzeit 331 betreut.

II. Beschlussantrag

Um Kenntnisnahme zu den vorgetragenen Sachverhalten wird gebeten.

III. Beschluss

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

3.	**Sachstandsbericht Rheinschule** **Vorlage: 114/2023**

I. Sachvortrag

Alexandra Hoffmann berichtet über verschiedene Punkte und Themen aus der Rheinschule. Es geht u.a. um:

- das neue Schuljahr 2023/2024, die steigenden Schüler*innenzahlen und die Verteilung der Klassen
- die Erweiterung des Ganztagsschulbetriebes in der offenen Angebotsform um weitere 3 Gruppen auf 9 Ganztagesklassen
- das Ende der räumlichen Kapazitäten in der Rheinschule
- den Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung in der Schule ab 2026, beginnend mit der 1. Klasse
- einen Einblick in weitere Themen der Schule

Frau Hoffmann erläutert die Themen anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift, ab Folie 9) und beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Auf die Frage nach dem notwendigen Raumbedarf informiert der Vorsitzende, dass zusätzliche Räumlichkeiten gebraucht werden. Die Verwaltung hat sich zusammen mit der Schulleitung und einem Architekten Gedanken hierzu gemacht und Ideen entwickelt hat. Das städtische Grundstück in der Zähringerstraße 15 (ehem. Zollhaus) würde sich für eine entsprechend Nutzung anbieten. Aus Sicht der Schule ist ein Raumprogramm zu erstellen. Grundlage sind die Schulbauförderrichtlinien. Langfristig könnte sich die Fläche zwischen Zähringerstraße und Pflegeheim St. Georg zu einer „Bildungsachse“ entwickeln. Bei den Überlegungen ist das geplante Neubaugebiet „Mittlere Rieße“ zu berücksichtigen. Für die Betreuung der Kinder ist das Thema Fachkräftegewinnung ein wichtiger Punkt. Daher bildet die Stadt als Arbeitgeber über Bedarf aus.

II. Beschlussantrag

Um Kenntnisnahme zu den vorgetragenen Sachverhalten wird gebeten.

III. Beschluss

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

4.	Neuer Betriebskostenvertrag mit der katholischen Kirchengemeinde Vorlage: 113/2023

I. Sachvortrag

Bis zum Jahr 2022 zahlte die Stadt Neuenburg am Rhein 90% des Betriebskostendefizits der katholischen Kindertagesstätten St. Fridolin und St. Josef. Die röm.-kath. Kirchengemeinde Markgräflerland teilte im Sommer 2022 mit, dass sie die verbleibenden 10% nicht dauerhaft tragen können und auf eine Erhöhung auf 93% Defizitbeteiligung angewiesen sind. Daraufhin wurden mit kirchlichen Vertretern, dem Geschäftsführer der Kindertagesstätten und dem Leiter der Verrechnungsstelle Gespräche geführt. Da der Stadt eine Trägervielfalt im Kita-Bereich wichtig ist und ohne eine Erhöhung die katholischen Kindergärten auf Dauer nicht weiter betrieben werden könnten, wurde eine höhere Defizitbeteiligung in Aussicht gestellt:

- in den Jahren 2023, 2024, 2025: 92%
- ab dem Jahr: 2026: 93%.

Dafür wurde der Betriebskostenvertrag neu gestaltetet und um den Punkt „Zusammenarbeit“ ergänzt. In diesem verpflichtet sich die röm.-kath. Kirchengemeinde Markgräflerland mit ihren beiden Kindergärten St. Fridolin und St. Josef zu einer besseren und engeren Zusammenarbeit in den Bereichen:

- Platzvergabe – Vormerksystem „Mein Platz“
- Kita-Leitungstreffen – verpflichtende Teilnahme an jährlich zwei gemeinsamen Treffen mit den Vertretern der Stadt Neuenburg am Rhein und den Leitungen der städtischen und konfessionellen Kitas
- Fort- und Weiterbildungen
- Rahmenbedingungen (z.B. Austausch über Leitungszeit, Verfügungszeit, …)
- strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung der „Kita-Landschaft“ in Neuenburg am Rhein.

Übersicht – finanzielle Auswirkungen:

- Bsp. für 2022 wären es Mehrkosten von 15.462,60 € im Kindergarten St. Fridolin
- 12.904,55 € im Kindergarten St. Josef

Katholische Kindergärten in Neuenburg am Rhein - Betriebskostendefizit und Beteiligung							
Ein-richtung	**Jahr**	**Betriebs-kosten-defizit**	**90% Beteiligung**	**Abschlags-zahlungen**	**Rest-guthaben**	**bei 93% Beteiligung**	**Mehr-kosten**
St. Fridolin	2023			564.000 €			
	2022	515.253,38 €	463.723,04 €	545.000 €	81.271,96 €	479.185,64 €	**15.462,60 €**
	2021	530.909,06 €	477.818,15 €	550.000 €	72.181,85 €	493.745,43 €	15.927,28 €

	2020	583.356,64 €	525.020,98 €	535.000 €	9.979,02 €	542.521,68 €	17.500,70 €
	2019	554.326,05 €	498.893,45 €	516.250 €	17.356,55 €	515.523,23 €	16.629,78 €
	2018	559.026,81 €	503.124,13 €	467.000 €	-36.124,13 €	519.894,93 €	16.770,80 €
St. Josef	2023			436.000 €			
	2022	430.151,79 €	387.136,61 €	404.000 €	16.863,39	400.041,16 €	**12.904,55 €**
	2021	392.421,49 €	353.179,34 €	400.000 €	46.820,66 €	364.951,99 €	11.772,65 €
	2020	416.690,06 €	375.021,05 €	390.000 €	14.978,95 €	387.521,76 €	12.500,71 €
	2019	408.811,26 €	367.930,13 €	357.500 €	-10.430,13 €	380.194,47 €	12.264,34 €
	2018	355.359,45 €	319.823,51 €	305.000 €	-14.823,51 €	330.484,29 €	10.660,78 €

Bürgermeister Schuster führt in das Thema ein. TL Frank Seeling erläutert den Sachverhalt und beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Der Vorsitzende bestätigt den Wunsch einer engeren Zusammenarbeit mit den kirchlichen Trägern. Mit den genannten Rahmenbedingungen (Vertragsbestandteile für weitere Synergien), die beide Vertragspartner weiterbringt, schlägt die Verwaltung eine schrittweise Erhöhung wie dargestellt vor. Im Weiteren geht Herr Seeling auf Nachfrage kurz auf die aktuelle Situation in den Kita`s ein (Personalsituation, Betreuungsangebote, Einschränkungen des Betreuungsangebots bei Personalausfall).

II. Beschlussantrag

Die Verwaltung bittet den Ausschuss für Verwaltung und Finanzen um Kenntnisnahme des Vorgangs und um Zustimmung zur dargestellten, schrittweisen Betriebskostendefiziterhöhung von 90% auf 93%.

III. Beschluss

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt der dargestellten, schrittweisen Erhöhung der Betriebskostendefiziterhöhung von 90% auf 93% zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Parkraumbewirtschaftungskonzept; Sachstandsbericht

I. Sachvortrag

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 27.03.2023 das Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Innenstadt beschlossen. Bürgermeister Schuster berichtet, dass zwischenzeitlich einige Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung stattgefunden haben. Die Verwaltung erhielt viele positive Rückmeldungen und Zuspruch zum Konzept. Das Konzept geht nicht mit dem Beschluss des Gemeinderats in die Umsetzung, vielmehr ist eine verkehrsrechtliche Anordnung erforderlich. Aus den Gesprächen wurden Anregungen mitgenommen, u.a. soll der Sonntag von der Regelung ausgenommen werden, da hier der Parkdruck nicht da ist (Einzelhandel hat nicht geöffnet, auch Vorteile für Kirchenbesucher). Die Verwaltung spricht von einem „atmenden System“, Anpassungen sind möglich.

Das beschlossene Konzept wurde über einen langen Zeitraum entwickelt. In dieser Phase erfolgte ein Austausch mit dem Gewerbeverein und dem Tourismusverein. Der Gemeinderat befasste sich in der Klausurtagung im November 2022 intensiv mit dem Thema. Das Konzept dient als Grundlage für Maßnahmen der Verkehrsbehörde oder auch Fachbehörden die zu beteiligen sind.

Nach der Beschlussfassung wurde über die Stadtzeitung und die Homepage über das Konzept informiert. In der Darstellung wurde darauf hingewiesen, dass die Verwaltung für Gespräche zur Verfügung steht. U.a. wurde mit den Vertrauenspersonen der Unterschriftsliste zum Bürgerbegehren gesprochen.

In seinen Ausführungen weist Herr Branghofer daraufhin, dass Parkplätze am Rand bzw. außerhalb der Zone (z.B. beim Stadthaus, beim Pflegeheim St. Georg, beim Schulzentrum/Friedhof, am Bahnhof) wie bisher frei nutzbar sind. Auf den Parkplätzen in der Reb- und Friedhofstraße sollen Fahrzeuge zwei Stunden parken können. Das Konzept, das mit fachlicher Unterstützung erstellt wurde, ist nach Auffassung der Verwaltung sehr ausgewogen. In den Gesprächen ging es weniger um Kunden oder Patienten, mehr um Stellplätze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hinzu kommt, dass zur Verfügung stehende TG Stellplätze nicht genutzt werden. Fahrzeuge werden im öffentlichen Straßenraum abgestellt. Innerhalb der Zone ist es angrenzenden Grundstückseigentümern weiterhin möglich, auf ausreichend großen privaten Stellflächen im Straßenraum zu parken, auch wenn die Fläche nicht gekennzeichnet ist. Hier ist die Verwaltung im guten Austausch mit den Betroffenen. Grundstückseigentümer, die in der Vergangenheit private Flächen in der Größe von Stellplätzen in den öffentlichen Straßenraum eingebracht haben, sollen künftig Bewohner-Parkausweise für öffentliche Parkplätze im Straßenraum erhalten.

TL Andreas Grozinger ergänzt, dass das Parkhaus am verkaufsoffenen Sonntag mit Radfestival sehr gut angenommen wurde. Der GVD berichtete, dass der Abschleppdienst im Vergleich zu Vorjahren weniger zum Einsatz kam. Künftig wird der neue Parkplatz in der Metzgerstraße zusätzlich für Entspannung sorgen.

Abschließend verweist Bürgermeister Schuster auf die Stellplätze im Parkhaus am Rheintor. Im Vergleich zu anderen Städten ist die Parkgebühr günstig. Der

Einzelhandel könnte für Kunden die das Parkhaus nutzen einen Zuschuss geben. Die Stadt selbst will, wenn möglich, ihren Beschäftigten bei der Anmietung eines Stellplatzes einen Zuschuss gewähren.

II. Beschlussantrag

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

6.	**Sachstandsbericht Breitbandausbau** **Vorlage: 120/2023**

I. Sachvortrag

Der Gemeinderat der Stadt Neuenburg am Rhein hat am 02.11.2020 beschlossen, entsprechend des Ausbaukonzeptes des Zweckverbands Breisau-Hochschwarzwald, die weißen Flecken (<30 Mbit/s) auf der Gemarkung Neuenburg mit Glasfaser zu erschließen. Der somit beauftragte Ausbau hat ein geschätztes Investitionsvolumen in Höhe von 11,9 Mio. Euro. Diesem Kostenblock steht eine Förderung von Bund und Land in Höhe von 10,3 Mio. Euro gegenüber.

Nach der Zusage der Bundesförderung hat die Stadt am 04.09.2021 auch die Bewilligung der Landesförderung erhalten. Mitte Dezember 2021 ergab sich durch ein „Upgrade“ der Bundesförderung die Möglichkeit, auch trassenanliegende graue Flecken (<100 Mbit/s) mit zu erschließen. Daraufhin wurde der Zweckverband im Februar 2022 beauftragt, auch diese Bereiche mit einem Glasfaseranschluss zu versorgen.

TL Stefan Laasch informiert, dass aktuell nach Auskunft des Zweckverbandes vom 28.04.2023 weiterhin die EU-weite Ausschreibung des Zweckverbandes für die Baumaßnahmen läuft. Bis wann das Verfahren abgeschlossen sein wird, kann der Verband leider nicht mitteilen. Die Bieter haben im Rahmen des Verfahrens zu den jeweiligen Prozessstufen die Möglichkeit, Fristverlängerungen für die Abgabe zu beantragen. Hierauf hat der Zweckverband keinen Einfluss. Es handelt sich hier um ein sehr formales und bürokratisches Verfahren, was leider sehr zeitintensiv ist. Der Zweckverband wird die Stadt umgehend darüber informieren, wenn das Verfahren abgeschlossen und der Zuschlag erteilt wurde.

Die Stadt hat die Unterversorgung der einzelnen Gebiete nicht zu vertreten. Hier wurde von den Telekommunikationsanbietern ein entsprechender Ausbau nicht durchgeführt. Der Gesetzgeber hat den Breitbandausbau dem freien Markt überantwortet. Die Stadt kann daher nur eingreifen, wenn der Markt versagt. Daneben darf die Stadt nur die passive Infrastruktur zur Verfügung stellen. So wurde in Zienken bereits Glasfaserhausanschlüsse und im Baugebiet Vogelwäldele ein Leerrohrverteilernetz für Glasfaser verlegt. Die Häuser haben damit jedoch noch keinen schnelleren Internetzugang.

Wichtig ist hier der spätere Betreiber. Der Zweckverband hat im Rahmen der Betreiberausschreibung des gesamten Versorgungsgebietes der Firma Vodafone den Zuschlag erteilt. Jetzt geht es darum, neben dem Glasfasernetz im Ort auch den Anschluss an das Backbone-Netz des Zweckverbandes herzustellen. Hierzu hat die Stadt im Februar mit dem Zweckverband die Vereinbarung der Mitnutzung der Leerrohrverbindung im Sägeweg (bis zum Umspannwerk in Müllheim) getroffen.

Es hängt somit nur noch am Abschluss der Ausschreibung, bis die Stadt einen Bauzeitenplan und damit einen konkreten Zeitplan erhalten, bis das Netz realisiert und in Betrieb genommen wird.

II. Beschlussantrag

Die Verwaltung bittet den Ausschuss für Verwaltung- und Finanzen den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

III. Beschluss

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Auf Anregung aus dem Gremium soll die aktuelle Karte mit der Darstellung der grauen und weißen Flecken beim Zweckverband angefordert und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden.

7.	**Finanzbericht der Stadt Neuenburg am Rhein** **Vorlage: 121/2023**

I. Sachvortrag

TL Stefan Laasch stellt in der Sitzung den aktuellen Finanzbericht der Stadt Neuenburg am Rhein vor (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) und beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Bürgermeister Schuster ergänzt, dass die Stadt für die LGS Zuschussmittel aus dem „Corona-Fördertopf“ beantragt hat.

Im laufenden Haushaltsjahr steht die Verwaltung im Austausch mit ansiedlungswilligen Firmen, mit denen ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen werden soll (noch nicht vertraglich fix). Die Verwaltung rechnet hier mit Einnahmen in Höhe von mehreren Millionen (erst wirksam wenn die Verträge abgeschlossen sind).

II. Beschlussantrag

Die Verwaltung bittet den Ausschuss für Verwaltung und Finanzen den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

III. Beschluss

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Finanzbericht zur Kenntnis.

Am Ende der Sitzung informiert Bürgermeister Schuster über die Zusage des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen. Die Stadt erhält für die „Ortsmitte III“ sowie als Finanzhilfeerhöhung für das laufende städtebauliche Erneuerungsgebiet eine Förderung in Höhe von 800.000 EUR. Für diesen Bereich erhöht sich der Förderrahmen auf insgesamt 9,62 Mio. Euro. Der Anteil des Landes beläuft sich dabei auf knapp 5 Mio. Euro (60 %). Zusammen mit der Landesförderung für die LGS i.H.v. 5 Mio. Euro ergibt sich eine Summe von 10 Mio. Euro.

In Summe wurden in der Stadt über 100 Mio. Euro von Bund, Land, Landkreis, Stadt und Privat investiert, u.a. Wohn- und Geschäftshaus, Kreisverkehrsanlagen, Renaturierung ehemalige Mülldeponie, Autobahnunterführung, Parkhaus am Rheintor.

Der Vorsitzende: Der Schriftführer: Die Gemeinderäte: